

Die Rücklagen reichen nicht lange

Rentenreform. Entgegen allen Beteuerungen können die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nur mit höheren Beitragssätzen finanziert werden – ansonsten wären die Rücklagen der Rentenversicherung binnen zwei Jahren aufgezehrt. Das ergibt eine Berechnung des IW Köln.

Zum 1. Januar 2014 hätte der Beitragssatz von 18,9 auf 18,3 Prozent gesenkt werden müssen. Denn die Rücklagen betragen rund 31 Mil-

liarden Euro – und damit mehr als das 1,5-Fache einer Monatsausgabe. Der niedrigere Beitragssatz hätte die Rücklagen wieder in die vorgeschrie-

bene Bandbreite zurückgedrängt. Mit dem gekappten Beitragssatz wären allerdings die Wahlversprechen der Koalition – die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 – kaum zu finanzieren gewesen. Wie IW-Berechnungen zeigen, wäre die Rentenkasse trotz ihrer Rücklagen 2016 ins Minus geraten (Grafik).

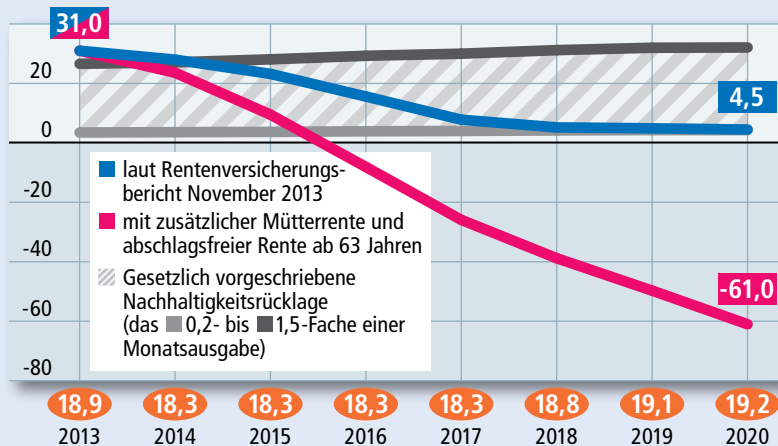
Deshalb hat die Koalition die Beitragssatzsenkung für 2014 abgesagt. Und auch für den Rest der Legislaturperiode wird es dabei bleiben müssen, wenn nicht die gesetzlich vorgeschriebene Untergrenze für die Rücklage unterschritten werden soll.

Die Versicherung der Bundesregierung, dass die Mehrausgaben für die Leistungsverbesserungen wegen der üppigen Rücklagen ohne Beitragssatzerhöhung finanziert werden können, wird vollends unglaubwürdig, wenn man die Kosten des Rentenpakets bis zum Jahr 2020 in den Blick nimmt. Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums muss der Beitragssatz spätestens 2019 auf 19,7 Prozent steigen, um die Rentenkasse vor der Pleite zu bewahren.

Mit der Rentenreform schon 2016 im Minus

Wenn die Bundesregierung Anfang 2014 den Beitragssatz der Rentenversicherung auf die wegen der Überschüsse gesetzlich gebotenen 18,3 Prozent gesenkt hätte, wäre die Rentenversicherung nach den anstehenden Reformen schon 2016 ins Minus geraten.

Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung in Milliarden Euro bei einem Beitragssatz von ... Prozent



Mehrausgaben infolge des Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes hochgerechnet auf Basis der im November 2013 erwarteten Rentenanpassungen;
Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesregierung, IW Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 21

Inhalt

Großstädte. Jena, Braunschweig und Erlangen sind Städte, denen es gelingt, sozialen Spannungen vorzubeugen.
Seite 2

Unbezahlte Arbeit. In der Industrie können Arbeitnehmer ihre Überstunden später durch Freizeit abgelteten.
Seite 3

China. Peking will das stagnierende Wirtschaftswachstum verstärkt über die Binnennachfrage ankurbeln.
Seite 4-5

Brasilien. Die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt war einmal ein Shootingstar, jetzt lahmt die Konjunktur.
Seite 6

Fußball-WM. Dem Weltmeister winken 35 Millionen Dollar Siegpriämie, der Vize bekommt 25 Millionen Dollar.
Seite 7

Wahlbeteiligung. Neue Wege in der Wahlwerbung könnten die Bürger ermuntern, ihre Stimme abzugeben.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Von den Besten lernen

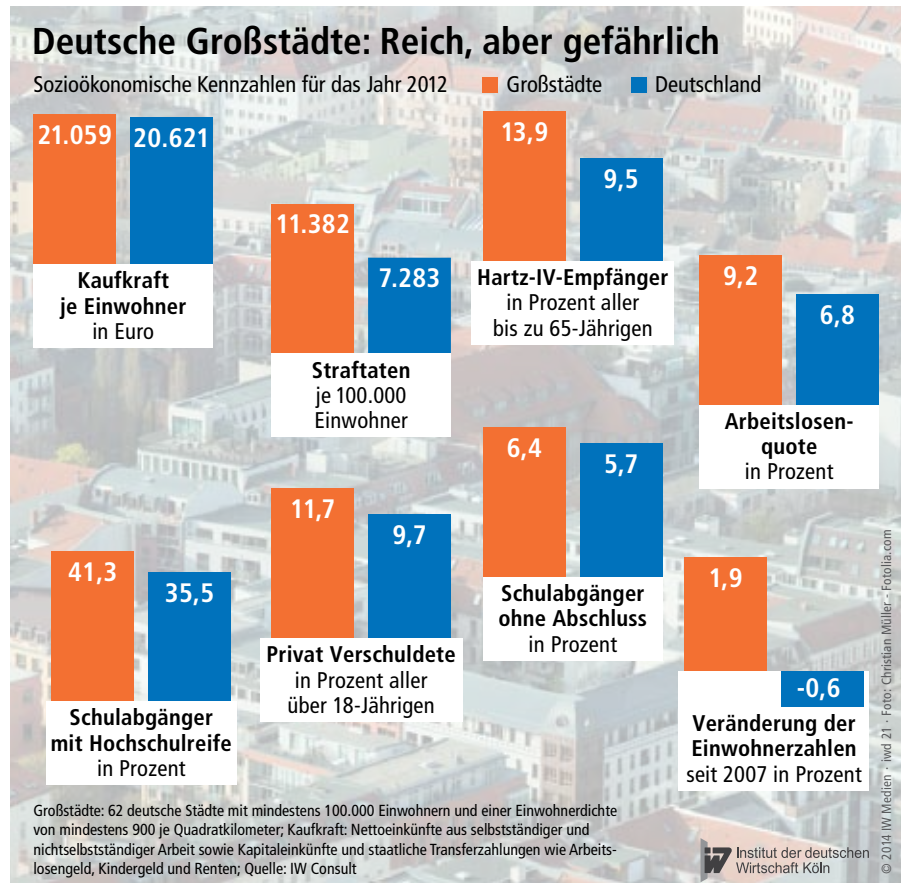
Großstädte. Auch in Deutschland zieht es immer mehr Menschen in die Metropolen. Dort treffen sie oft auf Extreme: Hohes Wachstum und Wohlstand gehen einher mit Armut und Verschuldung. Aber es gibt auch positive Ausnahmen.

Auf dem Land regiert die Abrissbirne, in den Großstädten mangelt es an Wohnraum – die gegenläufige Bevölkerungsentwicklung wird Deutschland in den kommenden Jahrzehnten intensiv beschäftigen (vgl. iwD 3/2014).

Um herauszufinden, welche Herausforderungen vor allem die Großstädte meistern müssen, hat die IW Consult 62 deutsche Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern unter die Lupe genommen. Das Ergebnis ist eindeutig: Die typische Großstadt ist – verglichen mit dem bundesdeutschen Durchschnitt – ein Ort der Gegensätze (Grafik):

In deutschen Großstädten ist die Kaufkraft je Einwohner ebenso überdurchschnittlich wie die Zahl der Hartz-IV-Empfänger, und der Anteil an Abiturienten ragt genauso heraus wie die Quote der Schulabbrecher.

Dass dieses Auseinanderdriften zu sozialen Spannungen führt, versteht sich von selbst. Was aber können die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung dagegen tun? Da die meisten Probleme einen ökonomischen Hintergrund haben, bietet es sich förmlich an, sich einmal die Wirtschaftsstruktur jener Großstädte anzuschauen, die deutlich besser abschneiden. Drei Beispiele zeigen, worauf es heute besonders ankommt – auf Forschung und Vernetzung:



Jena. Die „Lichtstadt“ in Thüringen beheimatet 13 Forschungs- und Wissenschaftsinstitute sowie zwei Hochschulen. Da die Schwerpunkte von Wissenschaft und Forschung mit denen der ansässigen Unternehmen übereinstimmen und beide Seiten gut vernetzt sind, hat sich Jena besonders dynamisch entwickelt:

Von 2007 bis 2012 ist der Anteil der Arbeitslosen in Jena um 30 Prozent gesunken – doppelt so stark wie im Durchschnitt aller Großstädte.

Jena glänzt vor allem mit seiner Schwerpunktbranche Optik – aber nicht nur: Auch die Bioanalytik, die Medizintechnik und die Präzisionstechnik sind inzwischen tragende Säulen der Wirtschaft.

Braunschweig. In der „Stadt der Wissenschaft“ (2007) arbeiten 15.000 Menschen in Hochtechnologie-Unternehmen oder in Forschungseinrichtungen. Auch Braunschweig zeichnet sich durch eine

intensive Netzwerkarbeit aus. So besteht die 2013 gegründete „Allianz für die Region“ aus 16 gleichberechtigten Gesellschaftern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden. Und das „Gründungsnetzwerk Braunschweig“ wird von 18 Institutionen, Verbänden und Wirtschaftsunternehmen getragen.

Erlangen. Die Stadt in Franken zählt nur rund 100.000 Einwohner, hat aber von allen Großstädten die höchste Ingenieursdichte, den größten Anteil an Hochqualifizierten sowie die höchsten Quoten bei der Personalausstattung im Bereich Forschung und Entwicklung. Zudem leben in der „Siemensstadt“ pro 100 Einwohner nur drei Hartz-IV-Empfänger – so wenig wie in keiner anderen deutschen Großstadt.

Die Studie „Zukunftschancen für Großstädte“ erhalten Sie unter www.iwconsult.de/Regional

In der Industrie kein Thema

Unbezahlte Arbeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beklagt, dass viele Überstunden nicht bezahlt und dadurch die vertraglich vereinbarten Lohnstandards unterlaufen würden. Für die Industrie lässt sich dieser Vorwurf aber kaum belegen.

Seit dem Jahr 2007 veröffentlicht der DGB den Index „Gute Arbeit“. Dieser soll die Frage beantworten, wie es aus Sicht der Beschäftigten um die Qualität der Arbeit bestellt ist. Die Grundlage für den Gesamtindex bilden insgesamt 42 Einzelfragen zu den Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer, zur Betriebskultur, zum Sinn der Arbeit, zur Belastung und zur Beschäftigungssicherheit. Außerdem spielt das Einkommen eine zentrale Rolle.

Gerade hier scheint es auf den ersten Blick schlecht bestellt zu sein. Denn in dieser Kategorie werden nur 46 von möglichen 100 Punkten erreicht, was nach DGB-Maßstäben „schlechter“ Arbeit entspricht.

Dieser Befund steht allerdings im Widerspruch zu anderen Umfragen. So zeigen Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels seit Jahren, dass rund zwei Drittel der Arbeitnehmer ihre Bezahlung als gerecht empfinden (Grafik).

Sogar fast die Hälfte der Beschäftigten mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro empfinden ihre Bezahlung als gerecht.

Dass der DGB zu einem gänzlich anderen Befund kommt, hängt mit der besonderen Konstruktion seines Index zusammen. Es wird nämlich nicht nur nach der Zufriedenheit mit

dem derzeitigen Einkommen gefragt, sondern auch nach den Erwartungen – und die schätzen die Befragten weniger gut ein. So glauben 42 Prozent der Beschäftigten nicht, dass ihre Rente noch zum Leben ausreichen wird. Dagegen halten 50 Prozent der Befragten ihr derzeitiges Einkommen in einem hohen bis sehr hohen Maß für angemessen. Als gar nicht angemessen bewerten lediglich 10 Prozent ihre Bezahlung. Und ebenfalls nur 10 Prozent reicht das Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit nicht zum Leben.

Trotzdem beklagt der DGB, dass es um die Leistungsgerechtigkeit in der deutschen Arbeitswelt schlecht bestellt sei. Als Beleg dafür führt er die unbezahlte Arbeit an. Nach seinen Erhebungen gaben bundesweit 17 Prozent der Beschäftigten an, sehr häufig oder oft zum Nulltarif für ihren Arbeitgeber zu arbeiten, weitere 25 Prozent tun dies hin und wieder.

Durch die Nichtbezahlung der Arbeitsleistung würden – so der DGB – vertraglich vereinbarte Entgeltstandards unterlaufen. Für die Beschäftigten bedeute dies faktisch eine Lohnsenkung, wodurch die Leistungsgerechtigkeit auf der Strecke bleibe.

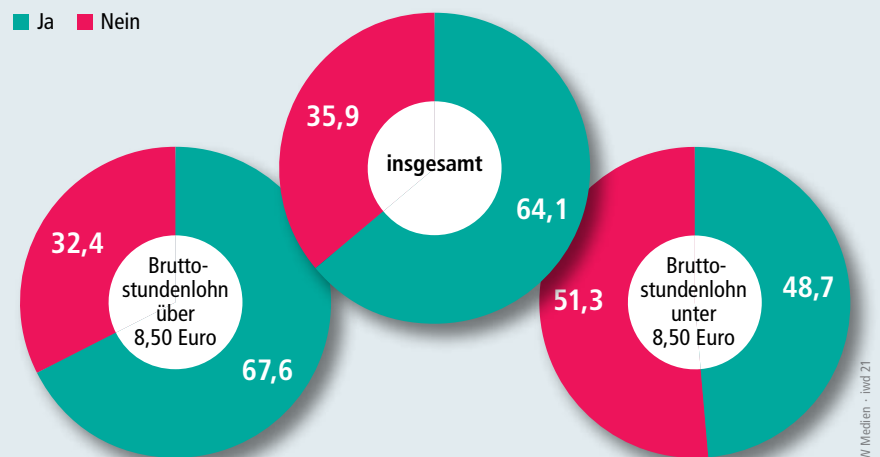
Der DGB macht hier allerdings viel Wind um eine Sache, die in der betrieblichen Wirklichkeit kein großes Thema ist. In der Industrie zum Beispiel sind Arbeitszeitkonten in Tarifverträgen fest verankert – Überstunden werden also angesammelt und später durch Freizeit abgegolten. So gaben in der chemischen Industrie oder im Maschinenbau neun von zehn Beschäftigten zu Protokoll, dass sie selten oder nie unbezahlte Arbeit leisten.

Außerdem ist die Zahl der Überstunden ohnehin rückläufig. Im Jahr 2013 fielen pro Jahr und Beschäftigten 46,7 Stunden an – sechs Stunden weniger als 2006.

Zwei Drittel fühlen sich gerecht bezahlt

Auf die Frage „Ist das Einkommen, das Sie in Ihrer jetzigen Stelle verdienen, aus Ihrer Sicht gerecht?“ antworteten so viel Prozent der Befragten mit ...

■ Ja ■ Nein



Stand: 2011; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw 21

Wirtschaftsmacht

Die aktuellen Wirtschaftsdaten der Volksrepublik versinnbildlichen geradezu exemplarisch das Yin und Yang der chinesischen Philosophie: Yang, nämlich stark, ist das Land deshalb, weil es rund ein Drittel zum globalen Wachstum beiträgt und inzwischen die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ist. Bewertet man das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten, wird der bevölkerungsreichste Staat der Erde sogar noch in diesem Jahr die Nummer eins – und stößt damit die jahrzehntelang führende Wirtschaftsmacht USA vom Thron.

Exportweltmeister ist China schon länger, wobei sich die Struktur seiner Ausfuhren in den vergangenen 20 Jahren stark verändert hat. Statt billiger Bekleidung exportiert China mehr und mehr Hochtechnologie. Allerdings stammt häufig nur ein Teil der chinesischen Smartphones und Tablets tatsächlich aus dem Reich der Mitte, denn in vielen Produkten stecken inzwischen importierte Vorprodukte, die von chinesischen Arbeitern nur noch zusammengefügt werden. Die Exporte tragen deshalb immer weniger zur inländischen Wertschöpfung bei.

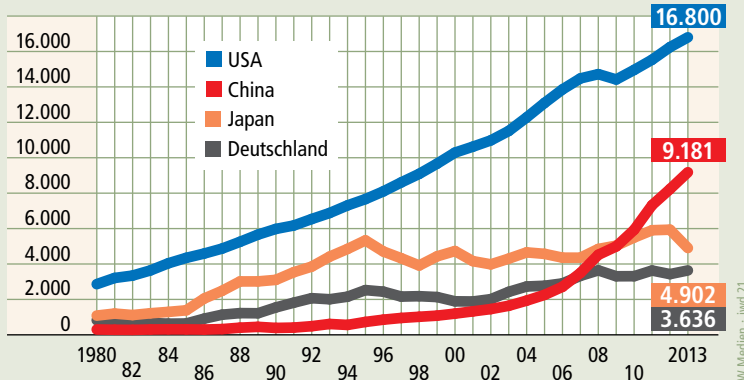
Und damit wären wir beim Yin, der Schwäche der chinesischen Wirtschaft. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird dieses Jahr wohl nur um 7,5 Prozent zulegen, ein für China schwacher Wert. Die Exportzahlen gehen zurück, unter anderem deshalb, weil die Produktionskosten in China seit mehreren Jahren steigen. Die Lohnkosten sind mittlerweile in einigen Regionen der Volksrepublik so hoch, dass selbst chinesische Unternehmen ihre Fabriken lieber in Vietnam oder auf den Philippinen betreiben. Heimische Standorte werden deshalb verkleinert oder gleich ganz geschlossen.

Auch für deutsche Investoren sind Kostenersparnisse nur noch selten ein hinreichender Grund, Produktionsstätten in China zu eröffnen.

Um das chinesische Wachstum stabiler und krisenfester zu machen, soll vor allem der inländische Konsum gestärkt werden. Er trägt derzeit ein Drittel zur Wirtschaftsleistung bei, in Deutschland sind es fast zwei Drittel. Die Regierung in Peking will die Binnennachfrage mittels massiver Urbanisierung ankurbeln. Bis 2025 sollen rund 250 Millionen Menschen in die Metropolen ziehen, die dann zusätzlichen Wohnraum, Schulen, Straßen und andere milliarden schwere Infrastrukturprojekte für ihre neu zugezogenen und produktiven Bewohner bieten müssen. Zu diesem „Bevölkerungskonjunkturprogramm“ zählt auch die Lockerung der Ein-Kind-Politik: Künftig soll es mehr Paaren als bisher erlaubt sein, zwei Kinder zu bekommen. Analysten rechnen mit rund 1,3 Millionen zusätzlichen Geburten pro Jahr. Ob der Babyboom allerdings den Konsum so stimuliert, wie erhofft, ist ungewiss – schließlich bedeuten weitere 1,3 Millionen Menschen in China nur ein Plus von einem Tausendstel.

Die großen Vier

Nominales Bruttoinlandsprodukt in Milliarden Dollar



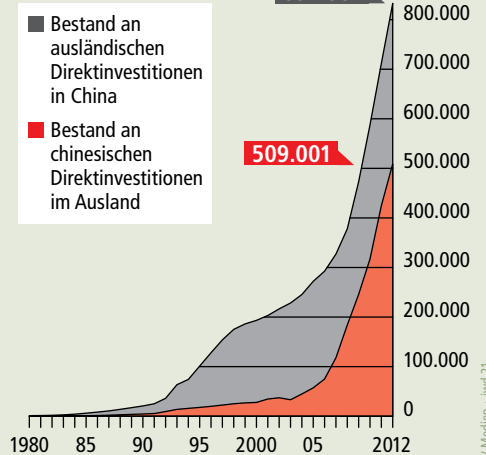
Daten für China für 2013: Schätzung
Quelle: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 21

Direktinvestitionen: China mischt mit

in Millionen Dollar



Quelle: Welthandelskonferenz

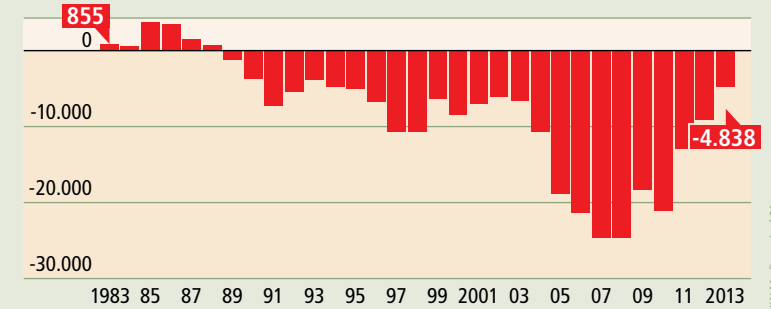
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 21

China

Deutsch-chinesischer Handel

Saldo aus Exporten und Importen gegenüber China in Millionen Euro



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 21

Was Investoren nach China zieht

So viel Prozent der deutschen Unternehmen, die dieses Jahr in China investieren wollen, gehen generell ins Ausland, um ...

... vor Ort einen Vertrieb oder Kundendienst zu etablieren

49

... den Markt über die Produktion zu erschließen

37

... Kosten zu sparen

14

Befragung von rund 2.500 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Anfang 2014; Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag

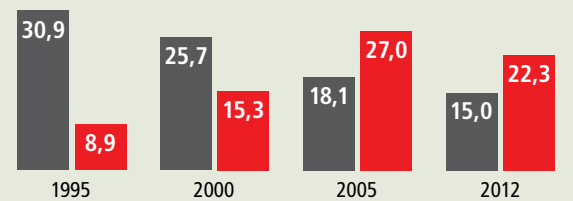
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien Iwd 21

Hightech statt T-Shirts

So viel Prozent der chinesischen Exporte entfielen auf ...

■ ... Bekleidung, Textilien, Schuhe ■ ... Telekommunikationstechnik



Ursprungsdaten: Welthandelskonferenz

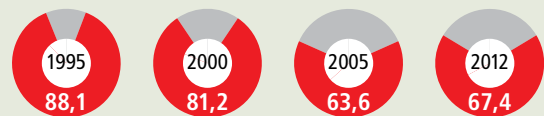
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 21

„Made in China?“

Viele Exportgüter bestehen zum Teil aus Vorprodukten, die importiert werden und vor Ort nur zusammengebaut oder weiterverarbeitet werden. Auch in den chinesischen Exporten stecken importierte Vorleistungen – zuletzt etwa ein Drittel. Das, was dagegen tatsächlich im Land hergestellt wird, nennt man inländische Wertschöpfung.

So viel Prozent betrug der Anteil der inländischen Wertschöpfung an den chinesischen Exporten



Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 21

Hausgemachte Probleme

Brasilien. Die Fußball-Welt blickt auf das Land am Zuckerhut: Am 12. Juni startet dort die Weltmeisterschaft. Und dann will Brasilien nicht nur sportlich überzeugen, sondern sich auch als Handelspartner mit Potenzial präsentieren. Doch die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt plagen Probleme.

Kurz vor Beginn der Fußball-WM sieht es beim Gastgeber mau aus: Erst neun der zwölf Stadien – die Kosten belaufen sich auf geschätzte 2,7 Milliarden Euro – sind fertig, die Infrastruktur aus Flughäfen, Straßen, Hotels und Internetverbindungen lässt zu wünschen

übrig und Demonstrationen der armen Bevölkerung gegen das Sportevent sind an der Tagesordnung.

Zu den politischen und sozialen Problemen wie Korruption und Armut kommt auch noch eine lahrende Wirtschaft: Vor wenigen Jahren galt Brasilien als Star unter den Schwellenländern, die Mittelschicht wuchs, größere Teile der armen Bevölkerung schafften den sozialen Aufstieg, der Real galt als eine der stärksten Währungen der Welt.

Wuchs die reale Wirtschaftsleistung 2010 noch um 7,5 Prozent, bewegt sich das Wachstum seitdem nur noch um die 2-Prozent-Marke.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner betrug 2013 lediglich rund 12.000 Dollar (Grafik) und auch der Außenhandel liefert keine Wachstumsimpulse mehr.

Die brasilianische Wirtschaft krankt vor allem an hausgemachten Problemen. Der Ausbau der Infrastruktur kommt nicht in Schwung. Die Firmen investieren kaum, weil die Zinsen zu hoch sind. Und eine Senkung ist nicht in Sicht – im Gegenteil: Die brasilianische Zentralbank hat im Februar den Leitzins auf 10,75 Prozent angehoben.

Auch internationale Investoren halten sich zurück. Die einst rapide steigenden deutschen Direktinvestitionen in Brasilien sind seit 2011 rückläufig. Der derzeit schwache Real hat zudem die Importe erheblich verteuert; gleichzeitig ließen die Exporte 2013 trotz der Abwertung stark nach. Die Folge:

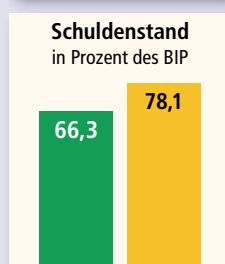
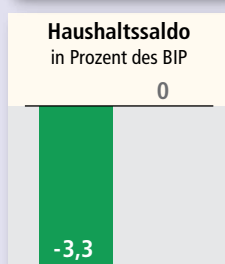
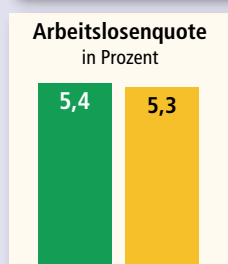
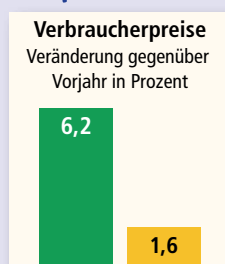
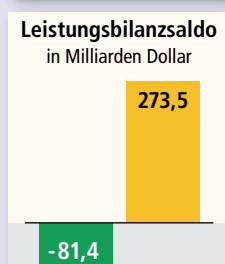
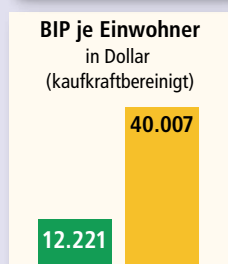
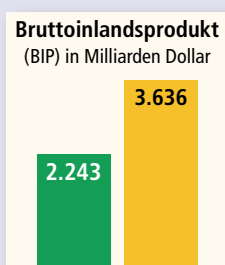
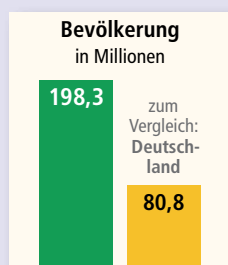
Der Exportüberschuss in der brasilianischen Handelsbilanz schrumpfte von knapp 20 Milliarden Dollar 2012 auf 2,5 Milliarden Dollar im Jahr 2013 – ein Indiz für die geringe Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Für Deutschland ist Brasilien aber weiterhin der wichtigste Handelspartner in Lateinamerika: Die Bundesrepublik importiert vor allem Eisenerz, Soja und Kaffee. Zudem produzieren viele deutsche Unternehmen im Land am Zuckerhut: Etwa 1.400 deutsch-brasilianische Firmen beschäftigen rund 250.000 Menschen.



Brasilien in Zahlen

im Jahr 2013



Bevölkerung: Schätzung des IWF
Quelle: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 21

54, 74, 90... 2014?

Fußball-WM. Wer wird am Ende jubeln – die brasilianische Seleção, die deutschen Adler oder doch wieder die Furia Roja Spaniens? Bei der Weltmeisterschaft in Brasilien gibt es viele Titelanwärter. Aber es geht nicht nur um Ruhm und Ehre, sondern auch um viel Geld – für die nationalen Verbände und den Fußball-Weltverband FIFA.

Nach der WM 1978 in Argentinien kommt der Fußballtross zum ersten Mal wieder nach Südamerika: 32 Nationen kämpfen bis zum 13. Juli in Brasilien um den begehrten goldenen WM-Pokal. Dabei ist der

Gastgeber Brasilien bei den einschlägigen Wettanbietern mit einer Quote von 1:4 als Top-Favorit gesetzt, gefolgt von Deutschland und Argentinien

mit je 1:6. Absoluter Außenseiter ist Honduras mit einer Quote von 1:1.501. Aber nicht nur die Tipper hoffen auf einen Geldsegen, auch Gastgeber Brasilien, die FIFA (Fédération Internationale de Football Association) und die nationalen Fußballverbände wollen profitieren.

Als Ausrichter der WM fließt eine stattliche Summe in die Kasse der FIFA: Im Geschäftsjahr 2013 erzielte der Weltverband Erträge von knapp 1,4 Milliarden Dollar. Fast 90 Prozent davon – gut 1,2 Milliarden Dollar – stehen in direktem Zusammenhang mit der WM:

Die Vermarktung der Fernsehrechte zur WM hat im Geschäftsjahr 2013 rund 600 Millionen Dollar in die

35 Millionen für den Weltmeister

So viele Millionen Dollar erhalten die Teilnehmer der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien im Juni und Juli 2014



Weltmeister	35
Vize-Weltmeister	25
3. Platz	22
4. Platz	20
5. bis 8. Platz	je 14 = 56
9. bis 16. Platz	je 9 = 72
17. bis 32. Platz	je 8 = 128
Vorbereitung	48
Entschädigung der Vereine	70
Schutzprogramm für Vereine	100
Insgesamt	576

Vorbereitung: jeder Verband erhält hierfür 1,5 Millionen Dollar; Entschädigung der Vereine: für Klubs, die Spieler an die Nationalmannschaft abstellen, pro Tag pro Spieler 2.800 Dollar; Schutzprogramm für Vereine: Entschädigungen für Klubs im Fall von Verletzungen von Spielern; Quelle: Fédération Internationale de Football Association (FIFA)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kasse der FIFA gespült, für die Marketingrechte flossen weitere 400 Millionen Dollar.

Aktuellen Schätzungen der FIFA zufolge belaufen sich die Einnahmen aus TV-Rechten, Vermarktung, Lizenzen und anderen Quellen bei der WM in Brasilien auf 3,1 Milliarden Euro – also rund 4,2 Milliarden Dollar. Solche Summen kommen nur zusammen, weil Fußball-Weltmeisterschaften mittlerweile die größten TV-Sportereignisse der Welt sind: Das Endspiel des Sommermärchens 2006 in Deutschland sahen mehr als 715 Millionen Menschen, das Turnier in Südafrika vor vier Jahren wurde auf 245 Kanälen in 204 Länder übertragen.

Den Einnahmen stehen für das FIFA-Geschäftsjahr 2013 Ausgaben von mehr als 1,3 Milliarden Dollar gegenüber. Gut 70 Prozent davon steckt der Weltverband direkt wieder in die schönste Nebensache der Welt. So zahlt die FIFA allein 576 Millionen Dollar an die teilnehmenden

Verbände: Dem Weltmeister winkt ein Preisgeld von 35 Millionen Dollar und selbst jene Teams, die bereits in der Gruppenphase ausscheiden, bekommen immerhin noch 8 Millionen Dollar (Grafik).

Zusätzlich erhält jeder Verband 1,5 Millionen Dollar als Beitrag zu den Vorbereitungskosten. Weitere 170 Millionen Dollar fließen als Entschädigung an die Vereine – dafür, dass sie Spieler für das WM-Turnier freistellen, und für den Fall, dass diese sich verletzen und deshalb eine Zeit lang nicht spielen können.

Falls Deutschland im Juli in Brasilien Weltmeister werden sollte, will der Deutsche Fußball-Bund (DFB) jedem Nationalspieler 300.000 Euro als Prämie zahlen. Wird die deutsche Mannschaft Vize-Weltmeister, erhält jeder Kicker 150.000 Euro. Für den Einzug ins Halbfinale gibt es je 100.000 Euro. Damit liegt der Etat des DFB für die WM in Brasilien insgesamt bei maximal 22 Millionen Euro.

Besser werben

Wahlbeteiligung. Immer weniger Bundesbürger gehen zur Wahl. Studien aus den USA legen nahe, deshalb auch in Deutschland über neue Wege in der Wahlwerbung nachzudenken.

Vom 22. bis 25. Mai wählen die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten zum achten Mal direkt das Europäische Parlament. Viele Wahlberechtigte werden wohl auch dieses Mal zu Hause bleiben. An der Wahl im Jahr 2009 nahmen jedenfalls lediglich 43 Prozent der Europäer teil. In Belgien und Luxemburg lag die Wahlbeteiligung zwar bei 90 Prozent – dort herrscht jedoch Wahlpflicht. In Litauen hingegen gaben nur 21 Prozent der Bürger ihre Stimme ab.

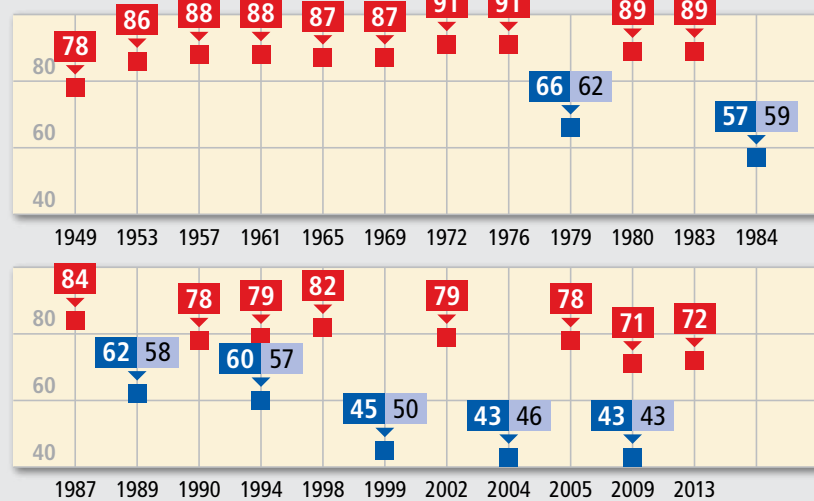
In Deutschland lag die Beteiligung mit 43 Prozent ebenfalls nur im EU-Durchschnitt. Noch bedenklicher ist, dass die Bundesbürger sich immer seltener zum Gang an die Wahlurnen aufrufen – selbst bei der Bundestagswahl (Grafik):

Adressaufkleber

Wahlmüde Bürger

So viel Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab

■ Bundestagswahl Deutschland ■ Europawahl Deutschland ■ Europawahl insgesamt



Quellen: Europäisches Parlament, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 21

Nahmen bis in die 1980er Jahre noch regelmäßig neun von zehn Stimmberechtigten an den Bundestagswahlen teil, waren es 2009 und 2013 nur noch sieben von zehn.

Durch die sinkende Wahlbeteiligung verliert die Regierung an Legitimation. Problematisch ist auch, dass gerade junge Leute und Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten ihr Wahlrecht seltener ausüben. Damit sinkt für Politiker der Anreiz, die Interessen dieser Bürger zu vertreten, weil ihre Wiederwahl stärker vom Wohlwollen wahlfriger Bevölkerungsgruppen abhängt – etwa den Rentnern. Diese Schieflage ist jedoch nicht im Sinne der Demokratie.

Die Frage ist daher, wie mehr Bürger zur Teilnahme an Wahlen

bewogen werden können. Dabei kann die Verhaltensforschung helfen. Studien aus den USA zeigen etwa, dass die Wahlbeteiligung deutlich gesteigert werden konnte, indem man die Wahlberechtigten darüber informierte, dass die Mehrheit ihrer Mitbürger zuletzt wählen ging, anstatt auf die hohe Nichtwählerquote hinzuweisen.

Zwar sind nicht alle Erkenntnisse aus den USA auf Deutschland übertragbar, doch vermutlich kommt es auch hier auf das Timing an. So hat eine gezielte persönliche Ansprache kurz vor der Wahl eine viel stärkere Wirkung auf die Beteiligung als wochenlanges Plakatwahlkampf.

Vgl. IW policy papers 8/2014
iwkoeln.de/wahlbeteiligung

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.